

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie am Donnerstag, den 26.08.2021, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dietmar Stark

Ausschussmitglieder

Beate Bötte
Petra Ebbinghaus
Sandro Feuerpeil
Hans Wilhelm Golombek
Majid Haberkorn
Renate Haselhoff
Sherif Salem Hassan
Dennis Jaroschek
Swen Leckebusch
Malik Nasir Mahmood
Rolf Schäfer
Christoph Schlüter
Anke Schröder

Vertreter

Manuela Röser

Vertreterin für Übel, Regina

Vertreter (beratende Mitglieder)

Klaus Peter Wagner

Vertreter für Winterhagen, Wolf-Rainer

Bürgermeister

Johannes Mans

von der Verwaltung

Marc Bormann
Jürgen Funke
Volker Grossmann
Wolfgang Scholl

Schriftführerin

Lisa Look

Gäste

Dr. Johannes Martin
Nicole Schneider
Anika Zembok

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Regina Übel

Mitglieder des Seniorenbeirates

Wolf-Rainer Winterhagen

Beratende Mitglieder

Jörg Becker

von der Verwaltung

Simon Woywod

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der letzten Sitzung IV/0073/2021
2. Sachstandsbericht zu ärztlichen Versorgung in Radevormwald durch die Kassenärztliche Vereinigung. IV/0074/2021
3. Aktuelle Situation in den Frauenhäusern und Ausblick auf mögliche präventive Beratungsmaßnahmen. IV/0075/2021
4. Antrag der FDP Fraktion Betreuung von Asylbewerbern durch Mitarbeiter der Verwaltung AN/0055/2021
5. Bericht zum Starkregenereignis vom 15.07.2021 IV/0076/2021
6. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende, Herr Dietmar Stark, eröffnet um 17.00 Uhr die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Gäste Frau Nicole Schneider vom Caritas - Verband sowie Anika Zembok und Dr. Johannes Martin von der Kassenärztlichen Vereinigung.

Der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder Frau Manuela Röser und Frau Renate Hasselhoff durch Vorlesen der Verpflichtungsformel.

Im Anschluss werden die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung festgestellt.

Die Frage zur Befangenheit wird von allen verneint. Eine Änderung der Tagesordnung ist nicht erwünscht.

(Öffentlicher Teil)

1. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der letzten Sitzung IV/0073/2021

Herr Stark führt zu der Frage, was an Kosten anfallen würde, wenn die Diakonie ein Sozialberatung für alle Bürger in Radevormwald anbietet aus, dass sich die Kosten zunächst auf 45.000,00 € belaufen würden.

In Bezug auf den SPD - Antrag, die Beleuchtung an der Sporthalle in der Lessingstraße zu sanieren teilt Herr Funke mit, dass die Gebäudewirtschaft inzwischen die Turnhalle Lessingstraße mit einem Fachplaner für Elektronik besichtigt hat. Dazu muss auch die Statik der Holzdecke begutachtet werden, um zu prüfen, ob diese das Gewicht der Lampen halten kann. Gespräche mit einem Statiker wurden geführt. Sollte bei der Statik nachjustiert werden müssen, würden die Gesamtkosten der Maßnahme voraussichtlich bei mehr als 50.000 € netto liegen. Die Gebäudewirtschaft wird dazu im Bauausschuss am 22.09.2021 berichten. Der Bauausschuss muss auch über die Finanzierung der Maßnahme entscheiden.

Zum Antrag der UWG, ein Gesamtkonzept über die Sanierung aller Sporthallen zu erstellen teilt Herr Funke mit, dass die Gebäudewirtschaft derzeit die Sanierungsmaßnahmen zusammenstellt. Der Bauausschuss und der Rat können dann im September festlegen, welche Maßnahmen bei Sportstätten aus dem Förderprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ finanziert werden sollen.

Herr Schlüter erwähnt, dass der SC 08 in Eigenleistung eine Teilsanierung des Kunstrasenbelags im Stadion am Kollenberg (5 - Meter – Raum) in Angriff nehmen wollte. Er bittet hierzu um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Funke erläutert, dass zufällig eine Firma vor Ort war, die Kunstrasen verkleben konnte. Diese wurde dann vom SC 08 beauftragt, das fehlende Kunstrasenstück zu verlegen. Die Kosten werden durch die Stadt übernommen.

Herr Stark leitet weiter zum Thema Notruf an den Wupperorten und gibt das Wort an Herrn Bormann vom Ordnungsamt.

Herr Bormann führt aus, dass Kontakt zu der Leitstelle des Oberbergischen Kreises aufgenommen wurde. Diese wiederum ist in den Kontakt mit der Telekom, eine endgültige Lösung wurde jedoch bis zum Datum des Ausschusses noch nicht erarbeitet.

Zum neuen Fahrzeug des Rettungsdienstes erläutert Herr Bormann, dass der Bedarfsplan für den Rettungsdienst in Oberberg verabschiedet wurde, die Umsetzungsphase jedoch erst noch erfolgt. Der Oberbergische Kreis startet den Prozess der Umsetzung.

2. Sachstandsbericht zu ärztlichen Versorgung in Radevormwald durch die Kassenärztliche Vereinigung. IV/0074/2021

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Dr. Johannes Martin, welcher einen Sachstandsbericht zur ärztlichen Versorgung in Radevormwald gibt.

Zunächst stellt Herr Dr. Martin die zentralen Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) vor, die bundesweit einheitlich sind.

Die Bedarfsplanung ist in Planungsbereiche aufgeteilt, Radevormwald befindet sich im Mittelbereich. Für dem Bereich Radevormwald ist ein Versorgungsgrad mit Allgemeinmedizinern von 106, 94 % festzustellen, dies ist tendenziell mehr als im restlichen Kreisgebiet. An diesem Versorgungsgrad ist erkennbar, dass der Bedarf für Radevormwald zunächst gedeckt ist. Der Versorgungsgrad des Oberbergischen Kreises liegt im Vergleich bei ungefähr 93 %.

Zum Thema Altersstruktur wird deutlich, dass das durchschnittliche Alter von Hausärzten in Radevormwald unter dem durchschnittlichen Alter im Oberbergischen Kreis und Nordrhein Westfalen liegt.

Als Sicherstellungsinstrument der ärztlichen Versorgung unterstützt die KV in Bereichen des Studiums, der Weiterbildung und der Facharztausbildung.

Die Präsentation der KV ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Nachdem Herr Dr. Martin mit seinem Vortrag geendet hat, erkundigt sich Frau Ebbinghaus, ob bei der Arbeitszeit der Ärzte auch die Zeit nach den Öffnungszeiten für Privatsprechstunden berücksichtigt wird.

Herr Dr. Martin gibt an, dass die KV nicht die tatsächliche Arbeitszeit berücksichtigen kann, die Ärzte arbeiten meist mehr, als vertraglich festgelegt ist. Es gibt Praxen, die haben nur einen hälftigen Versorgungsauftrag.

Herr Rolf Schäfer möchte wissen, ob es in Radevormwald auch Praxen gibt, die vom Krankenhaus betrieben werden und ob in solchen Fällen die KV involviert ist.

Hr. Dr. Martin erläutert, dass es ein Medizinisches Versorgungszentrum gibt, welches in Trägerschaft der KV agiert.

Herr Schlüter merkt an, dass der kassenärztliche Notdienst keine Hausbesuche mehr vornimmt. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie groß der Versorgungsbereich ist.

Herr Dr. Martin führt aus, dass auch in diesem Bereich ein Sicherstellungsauftrag vorliegt. Dieser besteht aus zwei Säulen. Zum einen aus den Notarztpraxen und zum anderen aus der Versorgung im Rahmen von Hausbesuchen.

Die Notdienstpraxen werden meist in Form von Portalpraxen an Krankenhäusern aufgebaut. In der Nähe von Krankenhäusern kann im Notfall eine bessere Fachversorgung sichergestellt werden.

Herr Wagner merkt an, dass er in dem Vortrag Zahlen speziell für Radevormwald vermisst. Weiter merkt er an, dass eine Terminvergabe sich bei Fachärzten als schwierig erweist.

Herr Dr. Martin antwortet, dass es für das Aufsuchen von Fachärzten durchaus zumutbar ist, eine längere Strecke zu überwinden. Dem geschuldet ist, dass es nicht so viele Fachärzte ist und diese dann flächenmäßig sinnvoll verteilt werden müssen.

Herr Feuerpeil stützt sich auf einen Bericht aus 2013, welcher prognostiziert, dass 2030 bereits 40 Hausärzte fehlen werden. Demnach wären dann 40.000 Menschen ohne Hausarzt. Herr Feuerpeil möchte wissen, wie in Zukunft die Versorgung sichergestellt werden soll.

Herr Dr. Martin antwortet, dass derartige Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind. Die Versorgung wird kurz- und mittelfristig nicht gefährdet sein.

Herr Feuerpeil spricht die Förderung des Berufs Arzt durch die KAV an und erkundigt sich, inwieweit das Kontingent für die Praktika abgerufen wird.

Herr Dr. Martin gibt an, dass er dazu derzeit keine Angaben machen kann.

Frau Ebbinghaus spricht das Problem der kinderärztlichen Versorgung an. Auch in der Nachbarstadt Remscheid hat es einen Mangel an Kinderärzten gegeben.

Herr Dr. Martin erläutert, dass bei der letzten Reform der Bedarfsrichtlinie dieses Thema behandelt wurde. Demnach sollen sich mehr Kinder und Jugendliche einen Arzt teilen, somit kommt es zu einer Absenkung der Verhältniszahlen.

Das Problem wurde gesehen und es ist bekannt, dass ein Versorgungsbedarf besteht.

Herr Mans führt zu dem Thema ärztliche Versorgung aus, dass er selber mitbekommt, wie schwer es in anderen Kommunen ist, die ärztliche Grundversorgung sicherzustellen.

Es ist nicht abzustreiten, dass immer etwas verbessert werden kann, aber es besteht mit den Ärzten in Radevormwald ein guter Dialog.

Herr Mans unterstreicht die überdurchschnittliche Versorgung im Vergleich mit dem Gebiet des Oberbergischen Kreises.

Für Radevormwald hat eine Kinderärztin zum 01.07.2021 Ihren Kassensitz erhalten.

**3. Aktuelle Situation in den Frauenhäusern und Ausblick IV/0075/2021
auf mögliche präventive Beratungsmaßnahmen.**

Herr Stark stellt Frau Nicole Schneider vom Caritas Verband vor und übergibt das Wort.

Zunächst stellt Frau Schneider die drei Handlungsfelder (Frauenhaus, Gewaltschutzberatung und Frauenberatung) vor.

Im weiteren Verlauf erläutert Frau Schneider die Formen von Gewalt, Gründe, warum Frauen sich so lange der Gewalt aussetzen und die Merkmale häuslicher Gewalt.

Frau Schneider beschreibt detailliert die Arbeit im Frauenhaus und die damit einhergehenden Kriterien für eine Aufnahme im Haus. Zu den Hauptaufgaben gehört die psychosoziale Beratung, Die Begleitung bei Terminen, Entwicklung von Lebensperspektive und die Aufarbeitung der Trauma-Auswirkung bei Kindern.

Bei der Frauenberatung handelt es sich um ein Handlungsfeld, welches erst im Dezember 2020 gestartet wurde. Mit 1,5 Stellenanteilen sind hier zwei Sozialarbeiterinnen tätig. Die Beratung wird anteilig finanziert durch Landesmittel, Kreismittel und Eigenmittel.

Die Beratung findet in wechselnden Büroräumen in Gummersbach, Radevormwald und Waldbröhl statt.

Zum Schluss der Präsentation berichtet Frau Schneider noch über aktuelle Projekte.

Frau Anke Schröder merkt an, dass es wichtig ist, mit derartigen Vorträgen an Schulen vorzutragen.

Frau Schneider gibt an, dass sie bereits in Schulen entsprechende Vorträge hält.

Frau Schröder ergänzt, dass sich die Vorfälle von Gewalt nicht nur auf einem sozialschwachen Niveau verbreitet sind, sondern sich auf allen Gesellschaftsschichten erstrecken. Aus diesem Grund ist die Aufklärungsarbeit besonders wichtig.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, wie viele Frauen vom Caritas Verband abgewiesen werden müssen und ob die Frauen im Falle einer Abweisung dann auf sich alleine gestellt sind.

Frau Schneider nimmt vor weg, dass die Frauen keinesfalls auf sich alleine gestellt sind. Oft erfolgt durch die gute Vernetzung eine Unterbringung in einem anderen Frauenhaus. Genaue Zahlen über Abweisungen können nicht vorgelegt werden.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, ob es sinnvoll ist, im Oberbergischen Kreis mehrere Frauenhäuser zu etablieren.

Weiter erkundigt sie sich, über welches Netzwerk die Caritas verfügt, um die Frauen und Kinder zu fördern.

Frau Schneider merkt an, dass es bedauerlicherweise keine Mutter – Kind – Einrichtung im Oberbergischen Kreis gibt. Wenn für diese Art von Einrichtung Bedarf besteht, helfen andere Stellen im Netzwerk aus. Eine große Hilfe ist an der Stelle das Jugendamt. Frauen werden bei Bedarf an Netzwerkpartner verwiesen.

Herr Stark erkundigt sich, ob das Beratungsbüro in Radevormwald aktiv ist. Dies wird von Frau Schneider bejaht, sie gibt aber zu bedenken, dass das Büro für Beratungsleistungen suboptimal ist.

Herr Stark bietet an, dass für die Räumlichkeiten eine Alternative gefunden werden kann.

Herr Hassan möchte wissen, ob das Angebot des Frauenhauses und der angebotenen Beratung ausreichend ist.

Frau Schneider antwortet, dass das Angebot ausreicht. Sollte es zu einer Abweisung kommen, ist bisher immer ein anderes Haus eingesprungen.

Frau Ebbinghaus regt an, dass unter der Federführung des Sozialamtes ein Netzwerk für das Wohl der Familien gegründet wird.

Herr Grossmann gibt an, dass es beim Jugendamt ein funktionierendes Netzwerk gibt. Er wird mit dem Jugendamt abklären, ob es derzeit stattfindet.

Herr Feuerpeil möchte wissen, ob es Konzeptansätze für Männerhäuser gibt.

Frau Schneider antwortet, dass es einen Ansatz dafür in Köln gibt, allerdings das Konstrukt und das Finanzierungsmodell schwierig sind.

Ein Bedarf für Männerberatung ist allerdings vorhanden.

Herr Golombek möchte wissen, wie die Sprachbarriere mit ausländischen Frauen überwunden wird.

Frau Schneider führt aus, dass die Erstgespräche mit wenigen Worten stattfinden. In Einzelfällen werden Dolmetscher hinzugezogen.

In der Praxis sind die Frauen gut untereinander vernetzt.

Herr Schlüter erkundigt sich, ob die Zusammenarbeit mit dem Oberbergischen Kreis gut funktioniert.

Frau Schneider antwortet, dass die Zusammenarbeit mit dem Kreis der Vorgesetzten obliegt.

Nachdem es keine weiteren Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt leitet der Vorsitzende über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

4. Antrag der FDP Fraktion Betreuung von Asylbewerbern AN/0055/2021 durch Mitarbeiter der Verwaltung

Nachdem Frau Schröder den Antrag nicht weiter erläutert, stellt Herr Grossmann die Ansicht der Verwaltung dar.

Aufgrund der aktuellen Situation soll die Zusammenarbeit mit der Diakonie um ein Jahr verlängert werden. Die Kosten belaufen sich bei einer Erhöhung um 3 % auf ca. 132.306,00 €. Die Kostenerhöhung resultiert aus allgemein gestiegenen Kosten, wie zum Beispiel Personal- und Sachkosten sowie der Miete.

Nach Berücksichtigung der Personalkosten und der dazugehörigen kalkulatorischen Kosten für eigenes Personal ergibt, dass die Diakonie im Jahr ungefähr 5.000,00 € mehr kostet, als die Einstellung von eigenen Sozialarbeitern.

Zu Bedenken ist hier aber, dass derzeit zuverlässige Sozialarbeiter bei der Diakonie tätig sind, welche sich das Vertrauen bereits erarbeitet haben. Außerdem ist die Diakonie vertraglich verpflichtet, eine Vertretungsregelung sicherzustellen. Eine kurzfristige Beendigung der Zusammenarbeit mit der Diakonie wird als kontraproduktiv angesehen.

Frau Schröder äußert ihre Bedenken an der Richtigkeit der kalkulatorischen Kosten und merkt an, dass immer eine Unsicherheit bleibt.

Frau Schröder ist bereit, den Antrag umzuformulieren und die Sozialarbeit für Asylbewerber und Flüchtlinge ab dem 01.01.2023 nicht mehr auszuschreiben.

Herr Mans ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit der Diakonie konstruktiv und höchst flexibel ist. Er unterstreicht die Wichtigkeit, einen kompetenten Träger für diese Aufgabe zu haben.

Herr Rolf Schäfer berichtet, dass dieses Thema ausführlich in der Fraktion beraten wurde und schließt sich der Meinung der Verwaltung an, dass eine Beendigung der Zusammenarbeit kontraproduktiv ist. Die Diakonie leistet eine gute Arbeit und ist mittlerweile in Radevormwald etabliert.

Die Diakonie weist ein großes Netzwerk vor und hat bereits das Vertrauen der Bürger gewonnen.

Außerdem wirft Herr Rolf Schäfer ein, dass es derzeit sehr schwierig ist, gute Sozialarbeiter einzustellen. Zudem muss die Einarbeitung berücksichtigt werden. Nach Ausscheiden der Diakonie gibt es keinen, der städtische Sozialarbeiter einarbeiten kann, die eigene Einarbeitung nimmt dann viel Zeit in Anspruch.

Herr Rolf Schäfer macht seine Meinung deutlich, dass der Antrag die Integrationsarbeit behindern statt fördern würde.

Herr Stark fasst zusammen, dass der Antrag umformuliert und verträgt wird.

Frau Schröder erklärt sich mit einer Verschiebung einverstanden.

Frau Ebbinghaus fragt, ob die Stadt die Miete für die Räumlichkeiten der Diakonie zahlt oder die Diakonie selber und möchte wissen, wie lange der Mietvertrag läuft.

Herr Schäfer von der Diakonie beantwortet aus dem Zuschauerraum, dass die Diakonie die Miete zahlt und die Räumlichkeiten sicherheitshalber bereits gekündigt sind.

Frau Ebbinghaus kritisiert das Vorgehen, dass der Vertrag mit der Diakonie wieder nur um ein Jahr verlängert wird und dass dies den Sozialarbeitern von der Diakonie gegenüber nicht richtig ist.

Herr Grossmann führt dazu aus, dass die Ausschreibung lediglich eine Verlängerungsoption für ein Jahr vorsieht.

Nachdem keine weiteren Fragen und Anregungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

5. Bericht zum Starkregenereignis vom 15.07.2021

IV/0076/2021

Herr Bormann vom Ordnungsamt berichtet von dem Starkregenereignis vom 15.07.2021 und die Auswirkungen in der Stadt Radevormwald. Es wurde ein Krisenstab gegründet, besonders hinsichtlich der Evakuierung und Unterbringung der Anwohner in der Grundschule Wupper.

Im Nachgang sind Hilfen angelaufen, durch das Land sind Sofort – Hilfen zur Verfügung gestellt worden die kurzfristig und einfach ausgezahlt werden sollen. Von Privatpersonen liegen 19 Anträge vor. Die Summe der Auszahlungen beläuft sich derzeit auf ungefähr 41.000,00€. Von Selbstständigen liegen 15 Anträge vor. Hier beläuft sich die Summe der Auszahlungen derzeit auf 40.000,00 €-

Um antragsberechtigt zu sein muss die Schadenssumme über 5.000,00 € liegen.

Weiter wurden Spendenkonten eingerichtet. Im Bereich der Sachspenden musste die Spendenannahme aufgrund der Menge an Spenden gestoppt werden.

Frau Ebbinghaus merkt an, dass die Organisation gut war. Sie erfragt, welche Art von Sachspenden noch benötigt werden und ob es möglich ist, die Art der benötigten Spenden öffentlich zu machen.

Herr Bormann verweist an Frau Steinhauer als Organisatorin.

Frau Ebbinghaus entgegnet, dass Frau Steinhauer sehr ausgelastet ist und eine Veröffentlichung der noch benötigten Sachspenden sinnvoll ist.

Herr Bormann gibt an, dass diese Möglichkeit geprüft wird.

Anmerkung der Verwaltung: Es wurde Kontakt mit Frau Marie Steinhauer aufgenommen. Nach Rücksprache erfolgt keine Auflistung auf der Homepage Quartiersmanagement Wupperorte, der Bedarf an Sachspenden ist gedeckt.

Herr Mans lobt das Engagement und berichtet über den größten Schaden für die Stadt Radevormwald, die Straße nach Oberdahl. Diese soll noch vor dem Winter wieder repariert werden.

Anmerkung der Verwaltung: Seit dem 25.08.2021 liegt das geologische Gutachten inkl. mehrere Möglichkeiten der Sanierung vor.

Die zeit- und kostengünstigste Lösung ist die Erstellung einer Winkelstützwand auf dem vorhandenen Felshorizont.

Des Weiteren liegt seit dem 30.08.2021 die Vermessung vor. Zurzeit werden die genaueren Massen berechnet.

Aufgrund der Lieferzeit der Winkelstützelemente wurden diese bereits über den Jahresunternehmer bestellt.

Am 01.09.2021 gibt es ein erstes Gespräch mit einem Tiefbauunternehmer.

Aufgrund der hohen Dringlichkeit (muss vor dem Wintereinbruch saniert sein) wird in Zusammenarbeit mit der Vergabestelle ein schnelles Vergabeverfahren angestrebt.

Nachdem keine weiteren Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen schließt Herr Stark diesen Tagesordnungspunkt und leitet weiter zum Tagesordnungspunkt 6.

6. Mitteilungen und Fragen

Herr Golombek möchte wissen, in welcher Form Einbürgerungen in Radevormwald stattfinden.

Herr Grossmann antwortet, dass keine Einbürgerungen stattfinden, sondern diese durch den Oberbergischen Kreis durchgeführt werden.

Herr Rolf Schäfer bittet aufgrund von Gerüchten um einen Sachstandsbericht zum Hürxthalhaus.

Herr Mans berichtet, dass das Hürxthalhaus in seiner Form bestehen bleibt, allerdings unter einer anderen Trägerschaft.

Herr Wagner erkundigt sich, ob Radevormwald noch freiwillig Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen kann.

Herr Mans antwortet, dass die Verteilung eine Angelegenheit des Kreises ist. Diese Willenserklärung müsste entsprechend vom Oberbergischen Kreis ausgesprochen werden.

Herr Wagner moniert, dass es keine Toiletten in den Einkaufszentren in Radevormwald gibt und erkundigt sich, ob die Stadtverwaltung dahingehend handeln kann. Ebenfalls Handlungsbedarf sieht er in der Vorhaltung von Bänken zum Pausieren in Radevormwald. Auf Wanderwegen gibt es zu wenige Parkbänke.

Herr Grossmann gibt an, dieses Problem aufzunehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen endet der nichtöffentliche Teil der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie um 19.57 Uhr.

Dietmar Stark
Vorsitzender

Lisa Look
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter